



MIT DEN PREISEN STEIGT DER HUNGER

Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf die globale Ernährungssicherheit

Weltweit werden Nahrungsmittel seit zwei Jahren stetig teurer. Schon im Januar dieses Jahres hatten die Preise einen Rekordwert erreicht. Durch den Krieg in der Ukraine sind sie nun förmlich explodiert: Im März 2022 lag der UN-Nahrungsmittelpreisindex (FFPI) knapp 13 Prozent höher als im Vormonat, für Weizen wird ein Preissprung von 17 Prozent angegeben. Nicht nur, aber vor allem für die 1,8 Milliarden Menschen, die mit weniger als 3,20 US-Dollar am Tag auskommen müssen, werden Lebensmittel damit unerschwinglich. Ein Grund zu ernster Sorge um die kurz- und langfristige globale Ernährungssicherheit.

Fast ein Drittel des global gehandelten Weizens, knapp zwei Drittel des Sonnenblumenöls und 15 Prozent der weltweiten Maislieferungen stammen aus Russland und der Ukraine. Aufgrund des Krieges in der Region aber stocken die Exporte. Russland handelt nur noch vereinzelt Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte mit „befreundeten Staaten“, wodurch die Importe für andere Länder unsicher und teuer geworden sind (vgl. Reuters 2022).

In der Ukraine sind die Häfen blockiert und viele Anlagen zerstört, sodass Schiffe nicht auslaufen können. Der Transport ist fast völlig zum Erliegen gekommen, lediglich über die Schiene werden noch kleinere Mengen der Vorjahresernte exportiert.

Eigentlich sollte jetzt die Mais- und Sonnenblumensaat auf die Felder kommen, und im Juli steht die Ernte des Winterweizens an.

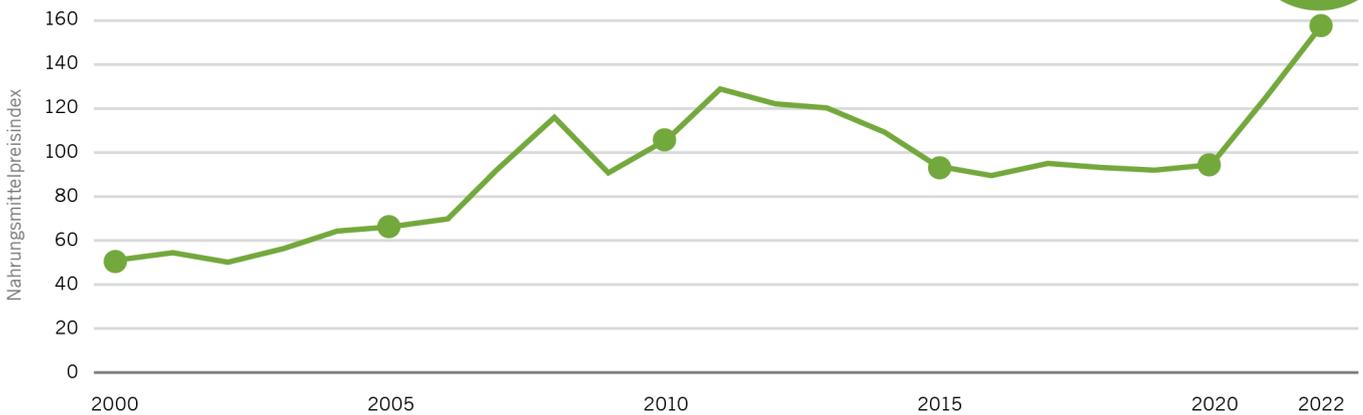
Wenn beides nicht möglich ist – ob nun aufgrund der Kampfhandlungen oder weil Arbeitskräfte, Maschinen oder Treibstoff fehlen –, drohen auch große Teile der nächsten Ernte verloren zu gehen. Schon jetzt ist von einem Rückgang der Exporte aus der Ukraine um 30 Prozent auszugehen. Sollten die Kämpfe andauern, könnte dieser Anteil auf bis zu 60 Prozent steigen (vgl. Cicero 2022).

Krisen verstärken sich gegenseitig

Diese Entwicklung ist brandgefährlich für die ohnehin durch zahlreiche Krisen angespannte globale Ernährungssituation. So hat die Corona-Pandemie weltweit Lieferketten unterbrochen, die Arbeitslosigkeit vergrößert und so die finanziellen Reserven vieler Menschen aufgezehrt. Ungelöste Konflikte wie die im Jemen, in Afghanistan oder in Mali verschärfen den Hunger ebenso wie Heuschreckenplagen und Dürren. Am Horn von Afrika leiden die Menschen als Folge der Klimakrise unter einer der schlimmsten Trockenperioden seit Jahrzehnten. In Äthiopien, Somalia und Süd-Sudan haben schon jetzt 43 Millionen Menschen nicht mehr ausreichend zu essen. Hinzu kommen steigende Energie- und Düngemittelpreise. Die Auswirkungen sind vor allem in den ärmsten Ländern des globalen Südens katastrophal.

NAHRUNGSMITTELPREISE AUF REKORDKURS

Nahrungsmittelpreisindex FFPI der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO (100 = Mittelwert 2014 – 2016)



© Welthungerhilfe

2021 hatten bereits 811 Millionen Menschen nicht genug zu essen. Durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine und die damit verbundenen steigenden Preise für Lebensmittel, aber auch für Energie und landwirtschaftliche Betriebsmittel, könnten laut der Welternährungsorganisation (FAO) zusätzliche 13 Millionen Menschen in den Hunger getrieben werden. Denn wenn Nahrungsmittel teurer werden, benötigen Hilfsorganisationen auch mehr finanzielle Mittel, um diese zu erwerben. Das Welternährungsprogramm (WFP) etwa musste seine Hilfsrationen für den Jemen bereits reduzieren (vgl. WFP 2022). Und wenn Landwirt*innen im globalen Süden sich aufgrund steigender Preise Saatgut und Dünger nicht mehr leisten können, werden Anbau und Ernten schrumpfen – und damit Armut und Hunger wachsen. Ein Teufelskreis, den es jetzt unbedingt zu vermeiden gilt.

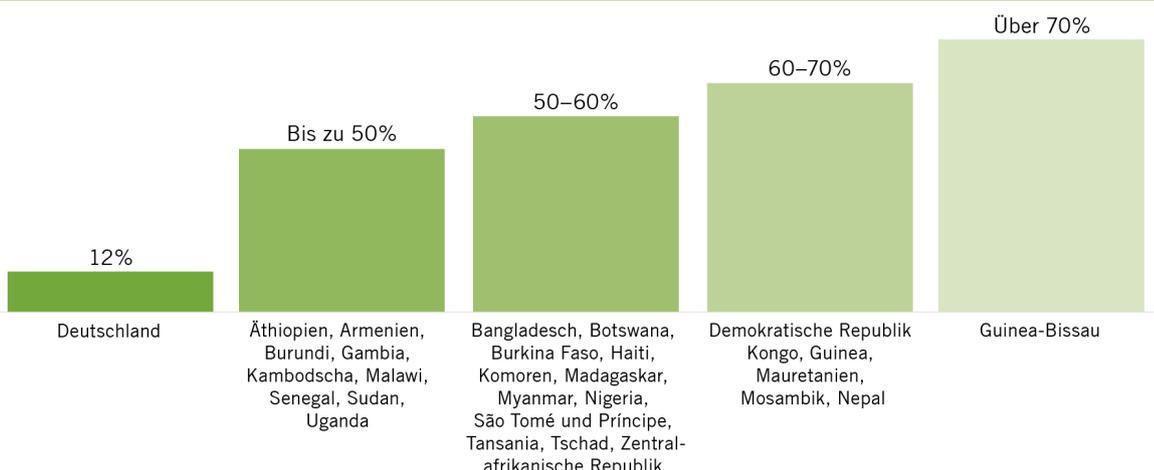
Die Folgen teurer werdender Nahrungsmittel treffen Menschen weltweit. Auch in Deutschland werden steigende Preise für Nudeln oder Margarine die Haushaltskassen vieler Familien belasten. Allerdings geben sie im Schnitt nur etwa 12 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aus (vgl. BLE 2021). In vielen Ländern des globalen Südens ist dieser Anteil jedoch sehr viel höher (siehe Abbildung unten). Und wer ohnehin schon deutlich mehr als 50 Prozent seines Einkommens für Lebensmittel aufbringen

muss, hat bei den aktuellen Preisanstiegen kaum noch etwas übrig für Wohnen, Gesundheit oder die Schulbildung der Kinder. Erschwerend kommt hinzu, dass im globalen Süden selten soziale Sicherungssysteme existieren, die Menschen vor temporären Krisensituationen wie der aktuellen schützen könnten. Die Beispiele aus unseren Partnerländern (siehe Textboxen) machen diese alarmierende Entwicklung deutlich.

In tragfähige Ernährungssysteme investieren

Dass die EU nun durch den Anbau auf ökologisch wichtigen Brachflächen einen Teil der fehlenden Getreidelieferungen aus der Ukraine ausgleichen soll, wie von Teilen der Agrarwirtschaft gefordert, ist sehr kurzfristig gedacht. Die Mehrerträge – die Rede ist von vier Prozent der EU-Agrarfläche – würden kaum dazu beitragen, die Getreidepreise kurzfristig zu senken und die Verfügbarkeit im nächsten Erntezyklus zu erhöhen. Statt eine Agrarreform wie den European Green Deal, der die Ernährung künftiger Generationen sichern soll, auszusetzen, sollte die EU gerade jetzt in ein global tragfähiges Ernährungssystem investieren. Dazu gehört beispielsweise, die landwirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des globalen Südens zu verbessern.

HAUSHALTS-AUSGABEN FÜR NAHRUNGSMITTEL



Quelle: Zahlen: FAO, 2017; Graphik: WHH

Es gilt, durch schlechte Lagerung oder Krankheits- und Schädlingsbefall verursachte Nachernteverluste zu verringern. Auch die standortgerechte Landwirtschaft, die den Anbau angepasster und widerstandsfähiger Kulturen und Sorten einschließt, und der lokale und regionale Handel mit Nahrungsmitteln müssen gestärkt werden. Auf diese Weise ließe sich die Abhängigkeit der Länder von Nahrungsmittelimporten senken.

Auch an anderer Stelle kann der globalen Nahrungsmittelknappheit entgegengewirkt werden. In Deutschland beispielsweise werden knapp 60 Prozent des angebauten Getreides als Tierfutter verwendet, knapp 12 Prozent kommen für die Erzeugung von Energie zum Einsatz (vgl. BLE 2021). In den Vereinigten Staaten wurden 2021 sogar über 35 Prozent der Maisernte und über 40 Prozent des Sojaöls für die Biokraftstoffproduktion verwendet. Weltweit werden jährlich 31 Millionen Tonnen Pflanzenöl

in Biodiesel umgewandelt. Kalorienmäßig entspricht das der Menge, die benötigt wird, um mehr als 320 Millionen Menschen pro Jahr zu ernähren (vgl. IFPRI 2022).

Bereits 2009 hatten die G8-Staaten auf ihrem Gipfel in L'Aquila beschlossen, Kleinbauern zu unterstützen – konkrete Erfolge blieben bisher aber aus. 2015 verkündeten die G7-Staaten in Elmau das Ziel, 500 Millionen Menschen bis 2030 von Hunger zu befreien – doch die Zahl der Hungernden steigt stattdessen wieder an. In diesem Jahr trägt die deutsche Bundesregierung mit ihrem erneuten G7-Vorsitz eine besonders große Verantwortung. Um die Selbstverpflichtung von Elmau zu erreichen, müssen die G7 die Hungerbekämpfung strukturell angehen. Eine Verdopplung der finanziellen Mittel ist nötig. Auch muss das globale Ernährungssystem so verändert werden, dass Ernährungssicherheit und die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung im Mittelpunkt stehen.

Bangladesch: Hilfsprogramme reichen nicht aus

In Bangladesch hat sich der russische Einmarsch in die Ukraine unmittelbar auf die nationale Lebensmittelsituation ausgewirkt. Geplante Lieferungen blieben in den Häfen Russlands und der Ukraine stecken, die Preise für Weizen, Linsen, Kichererbsen und andere Grundnahrungsmittel stiegen direkt in der ersten Märzwoche. Die vor Ort am häufigsten konsumierten Lebensmittel haben sich um 10 bis 40 Prozent verteuert. Besonders dramatisch ist dies, da die Menschen in den städtischen Gebieten rund 48 Prozent ihres Monatseinkommens für Lebensmittel aufwenden müssen; in den ländlichen Gebieten sind es sogar bis zu 70 Prozent.

Die Versorgung des lokalen Lebensmittelmarktes ist instabil, und die Preise steigen weiter. In den Schulen werden aufgrund der hohen Kosten keine Mahlzeiten mehr angeboten. Die Regierung verkauft über eine Abteilung des Handelsministeriums an verschiedenen Orten in den Städten Lebensmittel zu einem reduzierten Preis. Was vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen gedacht war, insbesondere für Tagelöhner, Rikscha-Fahrer*innen oder Haushaltshilfen, wird nun vor allem von der Mittelschicht genutzt. Die Regierung sucht nach alternativen Lieferquellen für Weizen und Reis, doch andere Länder in der Region schränken ihre Ausfuhren bereits ein.

Mali: Lebensmittel nicht mehr erschwinglich

In Mali sind alle Getreidearten – darunter Hirse, Sorghum und Mais – teurer geworden, zum Teil um 100 Prozent. Und das, obwohl das Land nur wenig ukrainische oder russische Lebensmittel importiert. Mehl und Weizen, die überwiegend über Algerien und Mauretanien eingeführt werden, sind auf dem lokalen Markt um 30 Prozent teurer geworden. Gleichzeitig ist die heimische Produktion im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent gesunken.

Neben den Folgen des Klimawandels, die sich unmittelbar auf die landwirtschaftliche Produktion auswirken, treffen auch die steigenden Benzinpreise die lokalen Produzent*innen – die unter anderem Traktoren, landwirtschaftliche Motorpumpen und Motorradtaxis nutzen – hart. Auch die Preise für Düngemittel sind laut einem Artikel im Online-Magazin „Commodafrica“ seit September 2021 hoch. Ein 50-Kilogramm-Sack Dünger kostet heute doppelt so viel wie im Jahr 2020. Mehr als 58 Prozent des importierten Harnstoffs und über 18 Prozent des Ammoniumsulfats stammen aus Russland, während Weißrussland mehr als 51 Prozent des Kaliumchlorid-Düngers liefert. Der Konflikt in der Ukraine wird sich daher negativ auf die landwirtschaftliche Produktion und somit auf die Ernährungssicherheit der malischen Bevölkerung auswirken.

Anfang des Jahres hat die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas scharfe Sanktionen gegen das von einer Militärjunta regierte Land verhängt. Die Grenzen wurden geschlossen, ein Handelsembargo verhängt, die finanzielle Unterstützung beendet und die Guthaben des Landes bei der Zentralbank eingefroren. Mali selbst hatte einen Monat zuvor den Export von Getreide verboten, um den Preisanstieg zu dämpfen und die Verfügbarkeit auf dem Markt zu sichern. Durch das Zusammenspiel der steigenden Treibstoff- und Düngemittelpreise, der Konflikte in den zentralen und nördlichen Gebieten und des Anstiegs der subregionalen Preise sind die Prognosen für die Entwicklung des Landes äußerst schlecht. Erhebungen zeigen, dass die Menschen mittlerweile bis zu 75 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Sie essen seltener und nehmen kleinere und weniger nahrhafte Portionen zu sich. Vulnerable Gruppen wie Vertriebene, Haushalte, die Flüchtlinge aufnehmen, und die ländliche Bevölkerung sind bereits akut gefährdet. Die vom WFP im März 2022 angekündigten Stornierungen und Verzögerungen bei den Nahrungsmittellieferungen aus dem Hafen von Odessa werden sich negativ auf die Sahelregion auswirken, wo die Lebensmittel ab Mai verteilt werden sollten.

Diese Transformation muss in einer langfristigen, engen und gleichberechtigten Partnerschaft mit den von Hunger betroffenen Ländern erfolgen; die Leitlinie hierfür bilden die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs).

Kurzschlusshandlungen vermeiden

Neben den mittel- bis langfristigen Investitionen ist ein sofortiges und entschlossenes Handeln notwendig, um die aufkommende Hungerkrise zu entschärfen. Not- und Hilfemaßnahmen benötigen großes und unmittelbares finanzielles Engagement. Genauso wichtig ist aber die Botschaft an politische Entscheidungsträger*innen, keinen weiteren Schaden anzurichten ("do no harm"). Die Länder dürfen keine kurzfristigen politischen Maßnahmen ergreifen, die die Preisvolatilität und die globale Knappheit verschärfen. Insbesondere die Preisspitzen von 2007/08 und 2010/11 sowie die jüngsten

Erfahrungen mit der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass Maßnahmen wie Exportbeschränkungen oder übermäßige Einlagerung schwerwiegende negative Folgen für die Welternährung haben können. Der Handel mit Nahrungs- und Düngemitteln muss offen gehalten und die Auswirkungen hoher Preise durch passgenaue Unterstützung wie gezielte Einkommens-transfers und humanitäre Hilfe abgemildert werden.

Um die Selbstversorgungsrate im globalen Süden zu stärken, muss das entwicklungspolitische Engagement für ländliche Regionen ausgebaut werden. Gleichzeitig stehen die von Hunger betroffenen Länder in der Pflicht. Das vor knapp 20 Jahren von der afrikanischen Staatengemeinschaft in der Maputo-Erklärung festgehaltene Ziel, zehn Prozent des nationalen Haushalts der Länder für die Entwicklung der Landwirtschaft und eine damit einhergehende verbesserte Ernährungssicherheit zu investieren, ist noch lange nicht erreicht.

Was zu tun ist:

Hungersnöte durch humanitäre Hilfe verhindern

- Kaufkraft verarmter Menschen durch gezielte Einkommenstransfers erhöhen
- Nahrungsmittelverteilung ausbauen (inklusive Schulspeisungen)
- Finanzierungslücke für höhere Beschaffungspreise schließen

Nahrungsmittelverfügbarkeit in ernährungsunsicheren Regionen sicherstellen

- Agrarlieferketten aufrechterhalten und Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln sicherstellen (Zugang zu Lagerbeständen, logistische Unterstützung, Finanzierungshilfen)
- Ernterückgänge unbedingt verhindern: Zugang insbesondere für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu Saatgut, Dünger und Kraftstoff erleichtern
- Exportrestriktionen vermeiden: Handel mit Nahrungsmitteln, Treibstoff, Saatgut und Düngemitteln offenhalten

Regionale Ernährungssysteme stärken und Diversifizierung unterstützen

- Ländliche Entwicklung im globalen Süden engagiert und langfristig fördern. Hierzu vorrangig bestehende Instrumente reformieren und ausbauen und Initiativen mit Laufzeiten von mindestens 10 Jahren bei entsprechender Finanzierung vorsehen
- Regionalen (länderübergreifenden) Handel mit Agrargütern stärken
- Ernährungsunsichere Länder dabei unterstützen, ihre Importquellen zu diversifizieren
- Kurzfristige Ad-hoc-Maßnahmen wie Aussetzung des Green Deals unterlassen – gerade jetzt Ernährungssysteme nachhaltig und resilient gestalten
- Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme unterstützen

Quellenangaben:

1. Reuters (2022). *Putin ally warns agriculture supplies could be limited to 'friends'*. Verfügbar unter: <https://www.reuters.com/business/putin-ally-warns-agriculture-supplies-could-be-limited-friends-2022-04-01/>
2. Cicero (2022): *Hungersnöte, Unruhen, Aufstände*. Verfügbar unter: [Lebensmittelknappheit wegen des Ukrainekriegs – Hungersnöte, Unruhen, Aufstände | Cicero Online](#)
3. WFP (2022): Pressemitteilung vom 24.2.22. Verfügbar unter: [Countdown zur Katastrophe im Jemen beginnt: Finanzierung für Ernährungshilfe schwindet | World Food Programme \(wfp.org\)](#)
4. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, BLE (2021): Bericht zur Markt- und Versorgungslage 2021. S. 37ff., Bonn.
5. Glauber, J. und Laborde, D., IFPRI (2022): *Do No Harm: Measured policy responses are key to addressing food security impacts of the Ukraine crisis*. Verfügbar unter: [War in Ukraine Blog Landing Page | IFPRI: International Food Policy Research Institute](#)
6. FAO (2022): *High food/energy prices are regressive on poor countries/households*. In: Technical Briefing to FAO Members on the impact of COVID-19 and the war in Ukraine on the outlook for food security and nutrition, S. 42, Rom.

Bonn/Berlin, 28. April 2022

Kontakt: [Anne-Catrin Hummel](#) und [Dr. Rafaël Schneider](#), Politik und Außenbeziehungen

E-Mail: policy@welthungerhilfe.de

Deutsche Welthungerhilfe e. V., Friedrich-Ebert-Straße 1, 53173 Bonn
Tel. +49 (0)228 22 88-0, Fax +49 (0)228 22 88-333, www.welthungerhilfe.de